

Realität eines Mythos

Arbeitgeberverband und Gewerkschaft feiern das 50jährige Bestehen des Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie. Aus diesem Anlass setzt sich der soeben erschienene „Widerspruch“-Sonderband* kritisch mit dem schweizerischen Modell der Sozialpartnerschaft auseinander. 15 Autorinnen und Autoren - Historiker, Sozialwissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre - befassen sich mit verschiedenen Aspekten des Arbeitsfriedens und der schweizerischen Gewerkschaftspolitik.

Der erste Hauptteil ist der Geschichte des Arbeitsfriedens gewidmet. In sechs Aufsätzen werden die alles andere als friedliche Ausgangslage vor dessen Durchsetzung, seine Entwicklung und Festigung in der Hochkonjunktur der 50er und 60er Jahre sowie seine Infragestellung in den 70er Jahren unter die Lupe genommen. Dabei stellen die Autoren verschiedene verbreitete Ansichten in Frage, z.B. die angeblich seit jeher geringe Streikneigung der schweizerischen Arbeiterschaft oder den positiven Zusammenhang zwischen Arbeitsfrieden und Wirtschaftswachstum. Der historische Teil wird abgerundet durch zehn teils unveröffentlichte Dokumente, die einen Einblick in Debatten um die Vertragspolitik bieten.

Nach einem interessanten Bildteil folgen sieben Aufsätze mit Bilanzen und Perspektiven. Wenn auch alle Autoren ihre kritische Haltung zum Arbeitsfrieden klar ausdrücken, so sind ihre Positionen durchaus unterschiedlich. Sichtbar wird dies etwa in der Frage der Flexibilisierung, welche die einen als neue Kompromissformel im Sinne des Friedensabkommens, die anderen als eine der Herausforderungen an die Gewerkschaften bei der Erarbeitung neuer Leitbilder sehen. Die Beiträge zeigen auch Grenzen der bisherigen Diskussion um eine neue Gewerkschaftspolitik auf.

Der rechtzeitig zum fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens erschienene Sonderband wird wie die ordentlichen Widerspruch-Hefte durch einen kurzen Rezensionsteil abgeschlossen.

Geschichte.

Bernhard Degen zeichnet in einem einführenden Überblicksartikel die Entstehungsgeschichte des Friedensabkommens nach und unterzieht die Legenden, die sich in der Folge um diese Vereinbarung rankten, einer historischen Kritik. Der Beitrag macht deutlich, dass das Friedensabkommen keineswegs den Auftakt zur Ära der Gesamtarbeitsverträge markiert, dass der Arbeitsfrieden erst in der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit seinen breiten Durchbruch schafft und dass zwischen niedrigem Streik- und hohem Wohlstandsniveau keineswegs jene enge Beziehung besteht, die in Unkenntnis statistischer Resultate immer noch behauptet wird.

Die anschliessende „Fussnote“ von Oskar Scheiben zu Konrad Ilgs Weg nach rechts widerlegt die These, das Friedensabkommen sei Ausdruck eines innenpolitischen Schulterschlusses in einer Zeit faschistischer Bedrohung von aussen gewesen. Schon damals war klar, dass dieses Streikverbot Teil einer gegen die demokratischen Kräfte des Landes gerichteten Politik und damit ein Schritt in die freiwillige Gleichschaltung war.

Brigitte Studer blendet mit ihrem Beitrag über die Stellung der Frauen im SGB und die gewerkschaftliche Frauenpolitik bis ins 19. Jahrhundert zurück. Sie illustriert die patriarchalische Schlagseite der Arbeiterbewegung und analysiert den mit der Schliessung des SGB-Frauensekretariates zusammenhängenden Niedergang der Frauenforderungen in den Gewerkschaftsorganisationen seit den frühen 1920er Jahren. Abschliessend stellt sie die frauenfeindliche Ideologie in der Krisenzeit der 30er Jahre dar.

Rita Schiavi und Ruedi Brassel gehen in ihrem Beitrag von der fast vergessenen Streikwelle in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus und zeigen, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpfend in den Arbeitsfrieden zogen. Bei den Arbeitskämpfen der Jahre 1944 bis 1947 ging es häufig um die Durchsetzung von Gesamtarbeitsverträgen, die den rückständigen, auf Friedensabkommen fixierten Schweizer Unternehmern abgerungen werden mussten.

Urs Zuppingers Beitrag über die gewerkschaftliche Ausländerpolitik der Nachkriegszeit trägt den programmatischen Titel „Die zerbrochene Solidarität“. Der Autor zeigt, wie stark die Gewerkschaften in einem nationalistischen Wertesystem verhaftet waren und wie wenig sie unter dem Einfluss des Arbeitsfriedens den bürgerlich-unternehmerischen Konjunkturpuffer-Konzepten und der latenten Fremdenfeindlichkeit entgegenzusetzen hatten.

Fritz Osterwalder befasst sich mit dem Arbeitsfrieden in der gewerkschaftlichen Debatte der 1970er Jahre. Die Untersuchung macht deutlich, dass die Gewerkschaftsführung am Ende der langen Hochkonjunktur eine innere Krise ihrer Organisation diagnostizierte und im absoluten Arbeitsfrieden eine der Ursachen für diese Schwächung zu erkennen begann. Verstärkt durch die europaweiten Arbeitskämpfe im Gefolge von 1968 setzte auch in der Schweiz eine offene Auseinandersetzung um die Relativierung der Friedenspflicht im Rahmen einer neuen, offensiveren Gewerkschaftspolitik ein.

Bilanzen, Perspektiven.

Vasco Pedrina diskutiert nach einer kritischen Betrachtung der „Erfolge“ des Arbeitsfriedens Strategie und Methode heutiger gewerkschaftlicher Aktionen. Dabei sieht er eine konservative und eine technokratisch-neoliberale Strömung, die im Hinblick auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Machtfrage eine unite de doctrine entwickeln. Diesen beiden stehen eine linke und eine eher traditionelle Strömung gegenüber, die den Zukunftsentwurf einer gesellschaftlichen solidarischen Entwicklung auszuformulieren hätten und zur „Gewerkschaft in Bewegung“ werden müssen.

Martin Maurers kritischer Blick von aussen fordert von den Gewerkschaften angesichts der Schrumpfung ihrer traditionellen Basis und angesichts der neuen sozialen Bewegungen das Überdenken ihres Verhältnisses zu Staat und Markt. Es gilt vor allem dezentrale, marktwirtschaftliche Entscheidungssysteme zu nutzen, was der Autor unter dem Stichwort „offensive staatliche Regulation“ diskutiert. Auf der Mikroebene bedeutet dies das Erkämpfen neuer Kontroll- und Mitbestimmungsmechanismen. Hier vor allem haben die Gewerkschaften vermehrt anzuknüpfen, und nur hier kann sich wieder eine stärkere Identifikation der Arbeitnehmer mit ihnen herausbilden.

Katharina Ley plädiert gerade wegen des erbitterten Disputes um die Flexibilisierung der Arbeitszeit, bei dem die Fronten so klar zu verlaufen scheinen, für den Einbezug des historischen, wirtschaftlichen und politischen Kontextes in die Diskussion. Ausgehend von ihrem eigenen Wunsch nach zeitsouveräner Gestaltung ihres Lebens erachtet sie gewerkschaftliche Flexibilisierungsmodelle als notwendig, nicht zuletzt in der Perspektive einer tatsächlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Hans Baumann sieht angesichts des Zusammenbrechens des keynesianischen Nachkriegsmodells und der daraus erfolgenden neokonservativen Offensive die Gewerkschaftsbewegung ohne überzeugende Antworten auf aktuelle Krisen und Bedrohungen. Erste Ansätze einer Reaktivierung des Sozialpartnerschaftsideals ortet der Autor Mitte der 70er Jahre. Zu entwickeln wären aber umfassende alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Konzepte, die unter anderem die ökologische Frage, die Perspektiven einer neuen Technologie, die Rolle der Schweiz in der internationalen Arbeitsteilung und die tendenzielle Mindestsicherung des Einkommens miteinander verknüpfen müssten.

Der Beitrag von Hans Schächli und Jakob Tanner zeigt, wie die Gewerkschaften bereits in der Zwischenkriegszeit ein unternehmerisches Konzept von Wachstum und Produktivitätssteigerung übernahmen und damit ins technologiepolitische Abseits gerieten. Ausgehend von einer Bestandesaufnahme der technologischen Haupttrends seit der Wirtschaftskrise 1974/75 entwickeln die Autoren gewerkschaftliche Perspektiven, welche betriebliche Automatisierung und Rationalisierung nicht mehr als exklusive Domäne des Managements, sondern als ein eminent wichtiges Aufgabengebiet der Gewerkschaftsbewegung definieren.

Mit dem zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Angestellten setzt sich exemplarisch (vor allem am Beispiel der Basler Chemie) Siegfried Hartmann auseinander. Nebst Rückblicken geht der Autor auf die immer wieder entstandenen Konflikte zwischen Angestellten und der Gewerkschaft ein. Gerade der grosse Rationalisierungsdruck, dem heute besonders die Angestellten ausgesetzt sind, macht eine industriegewerkschaftliche Organisierung der äusserst heterogenen Angestelltenschaft notwendig. Ob dies den Gewerkschaften gelingt, bleibt als Frage.

Ausgehend von seiner 13jährigen Erfahrung als SABZ-Sekretär umschreibt Viktor Moser die Auswirkungen des jahrzehntelangen Arbeitsfriedens auf die Gewerkschaftsbewegung als Vereinzelung, Mangel an Solidarität sowie Verlust an Identität und gewerkschaftlichem Bewusstsein. Der Ruf nach verstärkter Bildungsarbeit wurde erst nach verschiedenen Abstimmungsniederlagen in den 70er Jahren laut und führte zu eigenen Bildungseinrichtungen der Einzelgewerkschaften. Für die traditionelle Gewerkschaftspolitik entstand ein unlösbarer Widerspruch: Mobilisierungsansprüche und Festhalten am absoluten Arbeitsfrieden schliessen sich aus. Das Plädoyer des Autors für eine handlungsorientierte gewerkschaftliche Bildungsarbeit zum solidarischen Lernen, das eng an den Betrieb gebunden sein muss, steht nicht zufällig am Schluss des gesamten Bandes.

*Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos. Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit - Geschichte, Krise, Perspektiven. „Widerspruch“-Sonderband, Zürich 1987. 226 Seiten, davon 12 Bildteil, Fr. 18.-. „Widerspruch“-Abonnenten Fr 16.-). Zu beziehen bei: Widerspruch, Postfach 652, 8026 Zürich, oder im Buchhandel.

Der öffentliche Dienst. 1987-07-24.

Widerspruch >Friedensabkommen. Doc.